

„Vergesst mir die Wissenschaft nicht!“¹

Die bürgerliche naturwissenschaftlich-technische Intelligenz der DDR an der Nahtstelle des Machtwechsels von Ulbricht zu Honecker

Reinhard Buthmann
Berlin

Es ist beliebt, das universitäre und wissenschaftliche Leben in der DDR unter dem Topos der Modernisierung zu betrachten.² Ohne Zweifel ist dies für unseren Gegenstand ein fruchtbarer Ansatz, da systematische Differenzen zum westlichen Modernisierungsmodell sichtbar werden.

Auffallend häufig aber wird das sozialistische Pendant sakrosankt begriffen, so als handelte es sich um ein überlebensfähiges oder mindestens experimentell gerechtfertigtes Gesellschaftsmodell. Es verwundert daher nicht, dass die festgestellten Differenzen mal als Sonderweg oder Modernisierungsdilemma, mal als „Abbruch eines Modernisierungsversuchs“³ oder als „Modernisierungspfad in der Ära Honecker“⁴

¹ Ernst-August Lauter zitiert in: Bericht Hans Pfau alias „Pavel“ vom 5.3.1971; BSTU, ZA, AIM 8038/79, Bd. 1, Bl. 159-162, hier 161. Zu Hartmann siehe Christoph Dieckmann: Vernichtung eines Unpolitischen, in: *Die Zeit* vom 31.1.2002, S. 49 f.

² Zur Merkwürdigkeit des Begriffs, etwa unter dem Aspekt der Selbstbeschreibung von Gesellschaften, vgl. Niklas Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a. Main, 1998, S. 1082-1088.

³ Monika Kaiser, zitiert in: Zwischen Mauerbau und Mauerfall. Internationale DDR-Forschertagung in Otzenhausen, *Deutschland Archiv* 35(2002)1, S. 119-122, hier 121.

begriffen werden. Das Wissen aus der Genese des Sozialismus/Kommunismus, wonach dieser Weg allein ethisch nicht gerechtfertigt ist,⁵ wird kaum mikro- oder makroökonomische beachtet. Insgesamt fällt auf, dass die Modernisierungsthese einen Hiatus vertieft, den sie in seinem Eigenwert eher beiläufig interpretiert.

Es ist dies die Spaltung im Handeln schlechthin, die kraft der Totalität marxistisch-leninistischer Indoktrination auch vor den ureigenen Belangen der Wissenschaften nicht Halt machte – eine Aggregation,⁶ der sich keine im gesellschaftlichen Kontext handelnde Person entziehen konnte. Die DDR schuf mit diktatorischer Gewalt eine *scientific community*, die a priori nicht lebensfähig war. Selbst leiseste Reformansätze wie die von Fritz Behrens, die eine Auflockerung des Zentralismus – etwa in der Form einer Kombination zentraler mit dezentraler Leitung – bezweckten, wurden Opfer dogmatischer Angriffe.⁷

Dementsprechend ist das Thema dieser Skizze die Unvereinbarkeit von ideologischer Indoktrination und Wissenschaftsfreiheit. Im Mittelpunkt stehen die Träger des bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses aus den Natur- und Technikwissenschaften, die bis weit in die sechziger Jahre hinein in der Wissenschaftspolitik – wenngleich nicht mit der Billigung der SED – weitestgehend den Ton angaben. Trotz einer relativen Autonomie und temporärer Tauwetterperioden hatte es ein freies Atmen für sie grundsätzlich nicht gegeben. Zwei Ereigniszeiträume ragen hier besonders heraus: die massive Disziplinierung und Einschüchterung vor allem der geistes- und wirtschaftswissenschaftlichen Intelligenz in den fünfziger Jahren ab 1952 sowie die endgültige Eliminierung bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses in der Zeit um die Akademiereform von 1968 bis 1972.

⁴ Vgl. Eckart Förtsch: Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR, in: Dieter Hoffmann und Kristie Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 17-33, S. 27.

⁵ Eine Bilanz in Stéphane Courtois et al.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, Rheda-Wiedenbrück und Wien 1998.

⁶ Zur Frage der Aggregation der psychologischen Klimata zum Organisationsklima vgl. Wolfgang H. Staehle: Management. Eine verhaltenswissenschaftliche Perspektive, München 1990, S. 455.

⁷ Vgl. Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992. Ders.: Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft, Berlin 1965, S. 3.

Groß war die Zahl der Konflikte, Strafverfahren, Rufmorde, Karrierebrüche und Revisionismusvorwürfe; groß die Zahl der Fluchten. Das Ausweichen vor dem Staatsdruck war kein Modus der Freiwilligkeit. Die Schwierigkeiten, in die Wissenschaftler und Hochschullehrer immer dann gerieten, wenn sie sich auf die Position des „Nur-Wissenschaftlers“ begaben, waren enorm. Das Verdikt „bürgerlich“ war weit verbreitet und grassierte von Beginn an. In den Aktenbeständen des MfS ist es in einem reichen Formenbestand überliefert: Einer sei „ein typischer Vertreter des bürgerlichen Wissenschaftlers“,⁸ ein anderer weise „starke bürgerliche Tendenzen“ auf,⁹ etc. Das ressentimentgesättigte Verdikt besaß die Qualität einer Letztverurteilung. Im Rahmen einer Verhördisposition zu dem international renommierten Wissenschaftler Werner Hartmann formuliert das MfS den Vorhalt:

„Sie besitzen eine ausgesprochen bürgerliche Denk- und Lebensweise, die unseren sozialistischen Moralauflassungen direkt widerspricht. Das ist nicht strafbar, aber charakterisiert [Sie] als Individualisten. [...] Nehmen Sie dazu Stellung!“¹⁰

Dieser Skizze zugrunde liegen die Schicksale mehrerer namhafter, international renommierter Naturwissenschaftler,¹¹ die zeigen, dass sich engagiert gelebte Wissenschaft nicht dauerhaft gegen die herrschende Wissenschaftspolitik der SED behaupten konnte. Geografisch und disziplinär sind es insbesondere zwei Fälle, die für die Historiographie der Wissen-

⁸ Klaus-Dieter Gattnar alias „Klaus-Peter“ vom 6.3.1975; BStU, ZA, AIM 10854, Bd. 1, Bl. 15-19, hier 16 f.

⁹ Monatsbericht des Führungs-IM Hans-Dieter Schön alias „Böttger“, 10/68; BStU, ZA, A 549/85, Bd. 1, Bl. 117-122, hier 118.

¹⁰ Dispositionspapier von 1974; BStU, ASt Dresden, AOV 2554/76, Bd. 3, Bl. 89-92, hier 89.

¹¹ Infolge des Urteils des BVerwG vom 8.3.2002 war bis zur kürzlich erfolgten Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes die Veröffentlichung personenbezogener Daten zu Personen der Zeitgeschichte, Inhabern politischer Funktionen und Amtsträgern in Ausübung ihres Amtes nicht statthaft. Ohne Novellierung hätte dies für diese Skizze weitreichende Konsequenzen gehabt, da Funktionäre und Amtsträger nicht selten auch Opfer der Wissenschaftspolitik der SED resp. des MfS wurden, was in der öffentlichen Debatte regelmäßig außer acht gelassen wird. Ohne die Novellierung hätte es beispielsweise für den 1988 verstorbenen Werner Hartmann, dessen formale Rehabilitation bereits erfolgte, eine fachhistorisch *begründete* nicht vor dem Jahre 2018 geben können (30-Jahre-Frist), da nur die von der BStU verwalteten MfS-Akten die Gründe und Genese seiner Amtsenthebung enthalten. Selbst die Tatsache, dass der Autor die ausdrückliche Ermächtigung seiner Gattin, Frau Renée Gertrud Hartmann, besitzt, diese Aktensorte zu nutzen, hätte daran nichts geändert.

schafts- und Technologiepolitik paradigmatisch bedeutsam sind. Im Berliner Fall handelt es sich um einen strukturellen und personalen Konflikt aufgrund des Implantats eines der traditionellen Kosmosforschung widerstrebenden Sicherheitsstandards infolge der Interkosmos-Kooperation mit der Sowjetunion. Im Dresdener Fall ist es das Unvermögen der SED, die primäre Bedeutung der Verfahrensbeherrschung und ihrer technisch-ökonomischen Optimierung gegenüber Produktion und Konsum zu begreifen.

Zur Lage der bürgerlichen Intelligenz in der DDR

Bedeutende Wissenschaftler wie der Physiker Friedrich Hund und der Philosoph Hans-Georg Gadamer haben, wissend um die Unmöglichkeit freien Forschens in der SBZ/DDR, diese bereits früh verlassen. Andere, wie der Physiker Werner Hartmann, glaubten dem SED-Staat wichtig zu sein; wiederum andere, wie der Frühneuzeit-Historiker Günter Mühlpfordt, mögen auf die relativ unpolitische Natur ihres jeweiligen Faches vertraut haben. Doch die Hoffnungen trugen in der Regel nicht weit. Die Gefahr, plötzlich der „beispiellosen Unerbittlichkeit“ des SED-Staates ausgesetzt zu sein, war recht groß.¹² Schließlich wusste jeder, dass es im universitären Bereich repressiv zugeht.

Das Strickmuster bot ein eintöniges Bild: So beschloss die SED-Bezirksleitung Gera am 11. Oktober 1957, die sozialistische Erziehung der Studenten an der Universität Jena zu forcieren. Die Maßnahmen zielten darauf ab, endgültig das Desinteresse, das Schweigen und das partiell widerständige Verhalten bürgerlicher Wissenschaftler zu beseitigen. Das wissenschaftliche und universitäre Leben sollte endlich auf die Grundlage des Marxismus-Leninismus gestellt und „die gesamte Lehrtätigkeit auf das Erziehungsziel, sozialistische Kader heranzubilden, orientiert“ werden. Die SED kritisierte sowohl die „ideologische Führungsarbeit der Universitätsparteileitung“ als auch das mangelhafte Engagement der „Genossen Wissenschaftler“. Bezeichnend war, dass sie nicht das für die Universität berühmte und renitente Fachgebiet Physik zur verbesserten ideologischen Arbeit auswählte, sondern die Fachgebiete Germanistik und Land-

¹² Frank Ebbinghaus: Heftig verfolgt, hartnäckig widerstanden, in: *FAZ* vom 28.7.2001, S. IV.

wirtschaft. Erst danach sollten die positiven Erfahrungen auf die restlichen Fachgebiete übertragen werden.

Als Schuldige für die „politische Erziehungsmisere“ machte die SED bürgerliche Wissenschaftler verantwortlich, die, wie sie zwar einräumte, den Studenten das notwendige Fachwissen vermittelten, die „sozialistische Erziehung“ aber vernachlässigten. Infolge dessen sollen gar Ausschreitungen gegen die Staatsmacht begünstigt worden sein. Sie bezichtigte die Wissenschaftler der „Prinzipienlosigkeit“ in Fragen der wissenschaftlichen Kommunikation und forderte die eigenen Genossen auf, den „Kampf gegen das Nur-Wissenschaftlertum“ zu verstärken.¹³

Es waren zwei Aspekte, die das SED-Regime den bürgerlichen Wissenschaftlern nicht verzieh: deren prinzipielles Festhalten an weltweiten Wissenschaftsbeziehungen unter dem Topos „Wissenschaft ist weltweit und kennt keine Grenzen“ sowie an der Autonomie ihres jeweiligen Fachverständnisses, oder, mit Max Planck gesagt, dem „Supremat der großen Fragen der reinen Wissenschaft über kurzlebige Personen- und Tagesinteressen“.¹⁴ Hinzu kam, dass das MfS jede Fehlentwicklung, jedes Abweichen von der vorgegebenen Wissenschaftslinie getreu seiner Doktrin unter Sabotageverdacht stellen *musste*. Sein Misstrauen hierin war generell: „Seitens der Physiker“, so ein MfS-Offizier, könne „ein Thema durch Wahl umständlicher oder schwieriger Lösungswege verzögert werden“.¹⁵

Ausgehend vom Ausbildungsideal ihrer Führungskader in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, blieb die SED bis weit in die siebziger Jahre hinein einem mechanistisch-materialistischen Wissenschaftsbegriff verhaftet. Max Planck war ihr Gott nicht.¹⁶ Die SED hat weder die „Lo-

¹³ Beschluss des Büros der Bezirksleitung Gera der SED vom 11.10.1957: Zu den politisch-ideologischen Aufgaben der Parteiorganisation der Universität Jena im Studienjahr 1957/58. Druckzeichen: 1875/57 V-5-1 M-G 10/57, Archiv des Verfassers.

¹⁴ Zitiert nach: Conrad Grau: Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Heidelberg, Berlin und Oxford 1993, S. 230.

¹⁵ Äußerung des Leiters der Abt. VI, Switala, in: Bericht von Hans-Joachim Fischer alias „Elektronicus“ et „Bernhard“ zur „Schädlingstätigkeit in der Abteilung Optik“ vom 25.9.1958; BStU, ZA, TA 77/89, Bd. 1, Bl. 102 f., hier 102.

¹⁶ Vgl. marxistische Biographie von Heinrich Vogel: Zum philosophischen Wirken Max Plancks, Berlin 1961.

gik der Forschung“¹⁷ noch die Natur der modernen Physik begriffen.¹⁸ Allein von daher war – *ceteris paribus* – ihr Scheitern auf dem Gebiet der Mikroelektroniktechnologie und die überaus große Innovationsarmut unvermeidlich.

Die Traditionsbezüge in der Physik sind aufgrund der epochalen Erfolge im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts beträchtlich. Zudem herrschte in diesem Bereich eine deutlich höhere Kohäsion unter den Wissenschaftlern als in anderen Disziplinen. Der Ausgang des Krieges verstärkte diese noch. Das asketische Wissenschaftsideal Max Webers versprach vielen eine geistige Schutzburg. Sicher traf auch zu, dass die weltanschauliche Dissidenz durch die bitteren Erfahrungen unter der Herrschaft des NS-Regimes im Sinne der Bewahrung der humanistischen Tradition noch verstärkt wurde. Dass die SED diese Haltung grundsätzlich missverstand und als Feindschaft auslegte, war für beide Seiten tragisch. Da dem Marxismus-Leninismus als oberste wertvermittelnde Leitidee gleichsam Gesetzescharakter zukam, mussten die bürgerlichen Wissenschaftler rasch erkennen, dass dieses Ideal bestenfalls im Sinne eines Nischendaseins praktiziert werden konnte.

Parallel dazu riss die enorme Flucht- und Abwanderungsbewegung empfindliche Lücken unter den bürgerlichen Wissenschaftlern.¹⁹ Die übernommenen Verbindungen zwischen West und Ost erodierten zunehmend. Nach dem Mauerbau brachen die Kommunikationsmöglichkeiten weitestgehend zusammen. Der Herausgeber der legendären *Physikalischen Blätter*, Ernst Brüche, schrieb im August 1967 an Werner Hartmann: „Es wird ja von Tag zu Tag schwieriger, die alten Beziehungen aufrechtzuerhalten, ohne irgendwo anzustoßen“.²⁰

¹⁷ Anspielung auf Poppers Wissenschaftstheorie, vgl. Karl Popper: *Logik der Forschung*, Tübingen 1989.

¹⁸ „Geistig befinden sich die Leute des Apparats in einer hoffnungslos defensiven Situation. Ihre unmittelbare Verantwortlichkeit für den administrativen Machtapparat blamiert unausgesetzt die Prinzipien, auf denen die höhere Autorität und Rechtfertigung ihrer Macht beruht.“ Dieses Generalurteil umreißt zutreffend auch die bürokratische Sklerose des Subsystems Wissenschaft, in: Rudolf Bahro: *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Berlin 1990, S. 282.

¹⁹ Reinhard Buthmann: *Abwanderung und Flucht von Eliten aus der SBZ/DDR am Beispiel der wissenschaftlichen Intelligenz* (Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1999), München 2001, S. 229-265.

²⁰ Brief vom 11.8.1967 (wie Anm. 10), Bd. 17, Bl. 76.

Es ist eine empirische Tatsache, dass im naturwissenschaftlich-technischen Bereich insbesondere die Physiker zur Renitenz neigten. Dies wirft die Frage nach ihrem Ethos auf. Viele von ihnen erlitten Isolation und Vernichtung ihrer Karriere, *nur* um das eigene „Wissenschaftsethos zu wahren“.²¹ Immer wieder fanden sich kleinere Gruppen zusammen, in denen über philosophische und wissenschaftliche Themen debattiert wurde. Es überrascht schließlich nicht, dass sie gegenüber der SED kritischer eingestellt waren als viele ihrer Kollegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Disziplinen. Standen bei ihnen eher Plato, Planck und Popper in hohem Ansehen, waren es bei jenen Bloch und Lukács. Aus einem solchen Physiker-Kreis erwuchs beispielsweise der berühmte Plakatprotest in der Kongresshalle Leipzig als Antwort auf die Sprengung der Universitätskirche am 30. Mai 1968.²²

Es hatte in den fünfziger und sechziger Jahren kaum eine bedeutende Wissenschaftsinstitution gegeben, in der sich führende Wissenschaftler, heute als „Funktionsträger“ pauschal diskreditiert, nicht der Vormundschaft der SED widersetzen. Dieser für die Öffentlichkeit oft „lautlose“ Widerstand, der sich als tagtäglich gelebte Tugend beschreiben lässt, zeigt bei den Akteuren dieser Kohorte eine hohe Ähnlichkeit im Ausdrucksverhalten. Manch einer von ihnen brüskierte die SED „vor Ort“ mehr, als Robert Havemann dies als Regimekritiker *und* Kommunist je getan haben mochte. Einem Parteisekretär die Teilnahme an der Leitungssitzung des Instituts zu verwehren, Genossen wegen ihrer Kritik am eigenen Leitungsstil zum schriftlichen Rapport aufzufordern, einem Sicherheitsbeauftragten des MfS ein Zimmer zu verweigern sowie SED-Auszeichnungen zu diskreditieren – dies stellen Reaktionen dar, die Bürgermut voraussetzten, zumal ihnen eine wie auch immer geartete außerinstitutionelle Öffentlichkeit keinen Resonanzboden liefern konnte.²³

Der Prozess der SED-Gleichschaltung der Wissenschaftszentren verlief bis 1968 erstaunlich schwerfällig. Erst die Akademiereform von 1968

²¹ Hier ein Urteil des Historikers Mühlpfordt, in: Ebbinghaus (wie Anm. 12).

²² Dietrich Koch: Das Verhör, Dresden 2000.

²³ Zahlreiche Belege in: BStU, ZA, AOV 5217; ASt Dresden, AOV 2554/76 und AIM 4885/90.

stellte die Weichen endgültig in die gewünschte Richtung.²⁴ Die Akademie-Idee pervertierte zusehends. Ausdruck dessen war beispielsweise die Bestimmung, nach der die Akademiemitglieder für die verschiedenen Klassen vom zuständigen Vizepräsidenten zu ernennen waren. Einer der Erben dieser Reform, Akademiepräsident Werner Scheler, bezeichnet dies heute als „Negierung der für wissenschaftliche Gemeinschaften essentiellen Wahl- und Demokratieprinzipien“.²⁵ Wer der SED angehörte, hatte ungleich leichteres Spiel als diejenigen, die eine Mitgliedschaft prinzipiell ablehnten oder sich unschlüssig zeigten. Im Falle eines der jüngsten Professoren der DDR glaubte sein in hohen Akademiepositionen stehender Vorgesetzter, Prof. Ernst-August Lauter, der SED drohen zu können: „Wenn ihr mir [ihn] streicht, dann streich ich euch drei von euren Genossen“.²⁶ Natürlich ließ sich die SED-Kreisleitung der Akademie hiervon nicht beeindrucken.

Die Akademiereform stieß nicht nur bei älteren bürgerlichen Akademiemitgliedern auf Ablehnung.²⁷ In den Instituten herrschte breiter Unmut, nicht wenige Wissenschaftler trugen sich mit Kündigungsgedanken. Das MfS machte Sonderschichten, um die vielen IM-Berichte über die Unzufriedenheit der Wissenschaftler auswerten zu können. Die Situationsanalysen für die unterschiedlichsten Institute ergaben in den wesentlichen Gesichtspunkten ein einheitliches Bild. Bezweifelt wurde vor allem der „Wert des neuen Leitungssystems“ und die „Richtigkeit der perspektivischen Aufgaben“. In einigen Instituten gab es nicht einmal Zeit für Personalgespräche, da die Umprofilierung „innerhalb von [nur] wenigen Wochen vollzogen werden“ musste.²⁸ Heftig umstritten war die Frage, ob Spitzenwissenschaftler organisatorische Funktionen übernehmen sollten oder besser nicht. Auf sie kam das drohende Gespenst einer Funk-

²⁴ Zur Degeneration der Eigenverantwortung der Akademie vgl. Werner Scheler: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss der Genese und Transformation der Akademie, Berlin 2000, S. 35-148.

²⁵ Ebenda, S. 128.

²⁶ Zitiert in: „Pavel“ vom 15.4.1970 (wie Anm. 1), Bd. 1, Bl. 6-14, hier 11.

²⁷ Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, Berlin 2000, S. 21 f.

²⁸ Klaus Wetzel alias „Müller“ vom 11.3.1971; BStU, ASt Leipzig, AIM 1992/89, Bd. 1, Bl. 53-58.

tionärslaufbahn zu: „Wenn ich [das] vier Jahre mache, bin ich wissenschaftlich tot“.²⁹

In den komplizierten Strukturdebatten achtete die SED sorgsam darauf, dass keine Organisationsgliederung der „direkten parteimäßigen Kontrolle“ entging.³⁰ Nach Abschluss der Reform 1972 besaß sie in den Natur- und Technikwissenschaften effektive Kontrollmöglichkeiten. Zwischen 1964 und 1976 dürften etwa 300 bis 500 Wissenschaftler ihre Positionen verloren haben bzw. standen im Begriff, diese zu verlieren. Im Ausland wurde wie im Falle Ernst-August Lauters vermehrt nachgefragt, ob wieder einer „in Ungnade gefallen sei“.³¹ Auffallend ist zudem die hohe Ähnlichkeit dieser Vorgänge zu jenen in der Sowjetunion, die nach dem XV. Parteitag der KPdSU im Dezember 1927 die dortige Wissenschaftskultur prägten.³²

Zur Informations- und Kommunikationskultur

Wie Mehltau überzog die Geheimhaltung die Wissenschaftslandschaft der DDR. Der Information und Kommunikation, ohne die Forschung und Wissenschaft undenkbar sind, schadete dies enorm. Auch SED-Wissenschaftsfunktionären blieb häufig nichts anderes übrig, als die restriktiven Geheimhaltungsbestimmungen zu umgehen oder wenigstens abzumildern. Ein Umstand, der angesichts der Tatsache, dass hier der Hoheitsanspruch des MfS berührt war, prinzipiell Ermittlungen nach sich ziehen musste. Erich Apel,³³ durchsetzungsstarker Pragmatiker, erhielt

²⁹ Zitiert in: Erwin Schult alias „Dagmar“ vom 6.12.1968; BStU, ZA, AIM 11940/35, Bd. 1, Bl. 13-15, hier 14.

³⁰ „Pavel“ vom 3.12.1971 zur Anleitung der Parteisekretäre in Bad-Saarow (wie Anm. 1), Bd. 1, Bl. 303-306, hier 304.

³¹ Zitiert in: Ralf Joachim alias „Klaus Stephan“ vom 7.8.1974; BStU, ZA, A 371/86, Bd. 3, Bl. 43-45, hier 43 f.

³² „Das petrinische Prinzip einer direkten und unvermittelten Instrumentalisierung von Wissenschaft und Ausbildung für wirtschaftliche und propagandistisch-mobilisierende Zwecke bildete den Kern des neuen revolutionären Aufbruchs. [...] Der allgemeine politische Angriff auf die alte Intelligenz wurde kombiniert mit spektakulären Prozessen, in denen fast für jeden Bereich [...] Sündenböcke gefunden wurden [...], in: Dietrich Beyrau: Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993, S. 73 und 77.

³³ Erich Apel (1917-1965). 1940 bis 1944 Leiter einer Forschungsabteilung der Heeresversuchsstelle Peenemünde. 1963 bis 1965 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission.

1958 von Werner Hartmann, der gerade von einer kernphysikalischen Tagung in Genf zurückgekehrt war, die Mitteilung, dass im Ausland bereits der Eindruck vorherrsche, wonach die DDR-Wissenschaft „in einer provinziellen Enklave lebe und arbeite“. Um dies abstellen zu können, sei ein offenerer Reiseverkehr unabdinglich: „Vorgesetzte Dienststellen können ja in fast allen Fällen gar nicht entscheiden, wie dringend oder notwendig ein solcher Erfahrungsaustausch ist“.³⁴

Wer in den Westen reisen durfte, bestimmte letztlich das MfS. Die Kriterien hierfür waren grundsätzlich nicht willkürlich, sie gehorchten der aktuell herrschenden Sicherheitsdoktrin und ihren juristischen Normativen. Empirisch ergab sich im Laufe der Zeit ein immer klareres zweigeteiltes Bild. Wurden bürgerliche Wissenschaftler vom Reiseverkehr zunehmend ausgeschlossen, so erhielten SED- und MfS-nahe Wissenschaftler vermehrt Kommunikationsmöglichkeiten im Westen. Da aber vor allem auf der Seite der bürgerlichen Intelligenz die fachliche Kompetenz und die persönlichen Beziehungen lagen, war dies keine adäquate Substitution. Dem Minister für Elektrotechnik und Elektronik, Otfried Steger, wurde dies durch Werner Hartmann deutlich gesagt:

„Die DDR müsse die Konsequenzen tragen, die sich aus der Isolierung der Wissenschaftler [...] ergeben. Die jungen wissenschaftlichen Mitarbeiter seien schon jetzt nicht mehr in der Lage, sich auf internationalen Tagungen mit Wissenschaftlern aus dem Westen auseinander zu setzen [...]. Kein Land [...] sei in der Lage, für längere Zeit Höchstleistungen zu vollbringen, ohne den Erfahrungsaustausch mit internationalen Wissenschaftlern zu haben.“³⁵

Die Tendenz, eher Multifunktionäre als gestandene Experten ins westliche Ausland zu entsenden, prägte sich mehr und mehr aus. Diese waren in der Regel Zuhörer denn echte Gesprächspartner.

Das MfS zeigte sich besonders für aktive oder sich anbahnende Kooperations- und Kommunikationsbeziehungen zu westlichen Partnern interessiert. DDR-Wissenschaftlern, die aus der Forschungslogik ihres Faches heraus eigene Aktivitäten entfalteten, drohte häufig Ungemach. Dies war nicht zuletzt auf dem Gebiet der Geo- und Kosmosphysik der Fall, einer Disziplin, die notwendig auf internationalen Datentransfer angewie-

Freitod am 3.12.1965. Vgl. Rainer Karlsch und Agnes Tandler: Ein verzweifelter Wirtschaftsfunktionär? Neue Erkenntnisse über den Tod Erich Apels 1965, *Deutschland Archiv* 34(2001)1, S. 50 ff.

³⁴ Auswertung von Archivunterlagen (wie Anm. 10), Bd. 37, Bl. 16-19, hier 16.

³⁵ Bericht vom 17.12.1971, ebenda, Bd. 6, Bl. 135-137, hier 135 f.

sen ist. Das MfS untersuchte hier im Rahmen eines Operativen Vorgangs, inwieweit der Wissenschaftsfunktionär Ernst-August Lauter mit dem Westen „gemeinsames Spiel“ mache. Das Resultat dieser „Bearbeitung“ bestand in einer nachhaltigen Irritierung des Fachs.³⁶ Im Endeffekt kostete dies die DDR Prestige und einen der wenigen ihr noch verbliebenen Spitzenplätze in der Wissenschaft. Obwohl Lauter wisse, heißt es in einem diesbezüglichen MfS-Papier von 1971, dass „gerade zum jetzigen Zeitpunkt die Kreisleitung“ der SED Initiativen über „die völlige Abgrenzung von der Bundesrepublik“ erwarte, betreibe er eine Politik, die das Gegenteil bewirke.³⁷

Die Beeinträchtigung von Information und Kommunikation war breit gefächert. Sie reichte von der Personalselektion über restriktive Bestimmungen für Tagungsbesuche im In- und Ausland, Zugangsbeschränkungen zu Bibliotheksbeständen und Vervielfältigungstechniken bis hin zur Zensur. Die nach dem Mauerbau befohlene Aufhebung von Mitgliedschaften und Verbindungen ostdeutscher Wissenschaftler in und zu westlichen Institutionen, Organisationen und Gesellschaften, stellt einen weiteren dunklen Punkt in der Wissenschaftsgeschichte der DDR dar. Postalische Kontakte konnten die unmittelbaren Gespräche nicht ersetzen. Obgleich es in der DDR eine feinmaschige Postüberwachung durch die Abteilung M des MfS gab,³⁸ wurde in sicherheitsrelevanten Instituten nochmals, quasi fachspezifisch, kontrolliert. Eine solche Verzögerung machte den Informationsaustausch oft überflüssig. Der Sicherheitsbeauftragte des Instituts für Elektronik zum Beispiel, behielt die Post oft wochenlang bei sich. In einem solchen Fall von sechs Wochen intern zur Rede gestellt, soll er geäußert haben, dass er zu keinem Zeitpunkt sagen könne, welchen Brief er gerade „noch bei sich hat, oder was mit dem Brief geschehen soll“.³⁹

³⁶ BStU, ZA, AOV 5217.

³⁷ „Pavel“ vom 2.4.1971 (wie Anm. 1), Bd. 1, Bl. 168-171, hier 169.

³⁸ Vgl. Autorenkollektiv: Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR, Berlin 2002.

³⁹ „Dagmar“ vom 26.1.1971 (wie Anm. 29), Bd. 1, Bl. 191 f., hier 192.

Zur Wissenschaftspolitik der SED

Im Juli 1970 lag der für die Volkswirtschaft zuständigen Hauptabteilung XVIII des MfS ein Papier über die wissenschaftsorganisatorische Situation bei Carl Zeiss Jena vor, dessen Inhalt einem Offenbarungseid gleichkam. Von Wissenschaftsorganisation mit der Zielstellung einer Prognose-tätigkeit zur Entfaltung strategischer Konzepte konnte keine Rede sein. Ein Team hochqualifizierter Mitarbeiter war aufgelöst worden,⁴⁰ dies, obgleich die SED zu dieser Zeit noch prinzipiell an Prognostik zu strategischen Wissenschaftsfragen interessiert war. Allein zwischen 1966 und 1970 befasste sich die SED- und Staatsführung in mehr als zwölf Sitzungen mit entsprechenden Fragen.⁴¹ Erst nach dem Sturz Ulbrichts begruben führende SED-Politiker dieses eminent wichtige Wissenschaftsinstrument. Zwischen 1968 und 1971 hatte – eingebettet in den Konzentrationsprozess der Wirtschaft (Kombinatsbildung) – die Propagierung von Großforschungseinrichtungen Hochkonjunktur. Die Akademiereform war Ausdruck dessen. Die SED beabsichtigte, die Wissenschafts- und Forschungspolitik der Akademie enger an den administrativen Rahmen der Volkswirtschaftsplanung zu binden. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die drastische Kürzung des Valutafonds für Dienstreisen in den Westen von 1971 zu 1972. Noch 1989 war der Fonds niedriger als 1971.⁴²

Die Wissenschaftspolitik der DDR war zu dieser Zeit weitestgehend mit Personalpolitik identisch. Bei der Benennung von Wissenschaftsfunktionären – auch unterhalb der Nomenklaturkader – war das MfS systematisch beteiligt. Es besaß hierin de facto und de jure hoheitliches Zugriffsrecht. Zur MfS-Arbeit auf diesem Feld zählte insbesondere der Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter mit dem Ziel, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten für bestimmte Personen einzuschränken. Im Selbstverständnis des MfS liest sich dies regelmäßig so: „Die beabsichtigte Ablösung des Dr. [X] von seiner Funktion als Abteilungsleiter beseitigt die

⁴⁰ HA XVIII vom 2.7.1979: „Zu einigen Fragen der Durchsetzung der Wissenschaftsorganisation im VEB Carl Zeiss Jena“; BStU, ZA, HA XVIII 9125, Bl. 1-11.

⁴¹ Scheler: Akademie der Wissenschaften (wie Anm. 24), S. 58.

⁴² Ebenda, S. 346.

derzeitig noch vorhandenen Möglichkeiten eines tiefen Einblickes [...] in die Belange des Instituts.“⁴³

Die Genese solcher Personalwechsel zeigt in der Regel ein konzertiertes Zusammenspiel von MfS und lokalen Funktionsträgern, wobei den so genannten Inoffiziellen Mitarbeitern in Schlüsselfunktion eine zentrale Rolle zukam. Im obigen Fall war es der Direktor des Zentralinstitutes, der als Inoffizieller Mitarbeiter die Sicherheitsinteressen des MfS realisierte. Das Opfer war bürgerlicher Wissenschaftler mit Westverwandtschaft 1. Grades. Das MfS scherte es nicht, dass dem Fachgebiet des Dr. [X] irreparabler Schaden zugefügt wurde.

Auch diese „Kaderarbeit“ firmierte im Selbstverständnis des MfS positiv unter der Rubrik „effektivitätssteigernde Beiträge für die Volkswirtschaft der DDR“. ⁴⁴ Sie fand auf allen hierarchischen Ebenen in den Institutionen der Wissenschaft und Forschung statt. Das Gros der Fälle verweist regelmäßig auf einen engen funktionalen Zusammenhang zwischen zuständigen SED- und MfS-Stellen. Es steht außer Frage, dass die SED durch eine solche Personalpolitik das ohnehin knappe Gut Humankapital erheblich ausdünnte. Auch ist es stellenweise zu merkwürdigen Clusterbildungen gekommen. So versammelte das MfS – als Exekutivorgan in der SED-Kaderpolitik – in einem Bereich des Heinrich-Hertz-Instituts für Solar-Terrestrische Physik (HHI) der Akademie der Wissenschaften all jene „Kräfte, welche bisher operativ bearbeitet werden mussten und [...] politisch negativ eingeschätzt“ worden waren. ⁴⁵

Fallbeispiel: Mikroelektronik

Mehrere angesehene Wissenschaftler und Hochschullehrer des Dresdener Raumes zählten in den fünfziger und sechziger Jahren zum – vom MfS so bezeichneten – Siebenerkreis. Sie verschrieben sich den Werten bürgerlicher Wissenschaft. Einige von ihnen erlitten infolge der MfS-Bearbeitung schwere berufliche und persönliche Nachteile. Allein gegen ein jüngerer

⁴³ Zitiert in: Klaus Junge alias „Fritz“ vom 22.5.1970; BStU, ZA, AIM 16981/89, Bd. 2, Bl. 43 f., hier 44.

⁴⁴ Von dieser Position rücken auch heute ehemals führende MfS-Offiziere nicht ab, vgl. Siegfried Hähnel und Alfred Kleine: Sicherung der Volkswirtschaft der DDR, in: (Autorenkollektiv): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Berlin 2002, S. 7-160.

⁴⁵ Monatsbericht „Böttger“, 11/70 (wie Anm. 9), Bd. 2, Bl. 34-37, hier 35.

Mitglied dieser als feindliche Plattform bezeichneten Gruppierung brachte das MfS sein umfassendes Arsenal an politisch-operativen Techniken zum Einsatz. Hierzu zählte die Erarbeitung von Gutachten ebenso wie der Einsatz inoffizieller „Expertenteams“. Zwischen dem 2. Januar und 15. Februar 1974 absolvierte ein Spitzen-IM des MfS 21 Treffs zur Berichterstattung und zu Absprachen über das weitere Vorgehen in diesem Fall.⁴⁶

Zum Rechercheprofil gegen den Mikroelektroniker zählten vor allem dessen geistige und fachliche Voraussetzungen, Aufgaben, Funktionen, Pflichterfüllung, Leitungsstil, konzeptionelles Herangehen an Aufgaben sowie die Relation von Nutzen und Aufwand.⁴⁷ Allein die Analytik seiner 4.000 Seiten umfassenden Arbeitsbücher (1968 bis 1977) mag Hunderte Stunden gekostet haben.⁴⁸ Dieser Fall schloss Ende der siebziger Jahre mehrere strafrechtlich intendierte Ermittlungen des MfS ab, von denen einige in hohe Haftstrafen mündeten. Der bedeutendste Vorgang betraf den Leiter der Arbeitsstelle für Molekularelektronik Dresden (AMD), Werner Hartmann. Die Entbindung von seiner Leitungsfunktion, die auf Vorschlag des MfS zunächst als Beurlaubung mit sofortigem Hausverbot deklariert war, wurde am 25. Juni 1974 in der AMD vor ausgesuchten Mitarbeitern und Parteifunktionären einschließlich eines ZK-Beauftragten bekannt gegeben.⁴⁹ Begründet wurde die Maßnahme mit dem Argument, dass Hartmann einen „Verbrecher“ neben sich geduldet habe, der kurz zuvor wegen Fluchtversuchs und angeblicher Sabotage und Spionage zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war. Viele Mitarbeiter des Hauses zeigten sich schockiert, äußerten ihr Unverständnis und meinten, dass er dies „doch nicht gewusst haben“ könne.⁵⁰

Letztlich ist es Erich Apel zu verdanken, dass es 1960 zu einer Akzeptanz im Politbüro der SED hinsichtlich eines zu schaffenden relativ selbständigen Betriebes gekommen war. Apels frühes Bemühen, einem Dutzend Betrieben eine bevorzugte Stellung im Sinne wissenschaftlich-technischer Kriterien einzuräumen, wurde – bei partiellen Erfolgen – bald wieder „geschliffen“. Die aus diesen Überlegungen heraus entstandenen

⁴⁶ Hans-Joachim Hanisch alias „Rüdiger“; BStU, ASt Dresden, AIM 4885/90, Bd. 3, Bl. 2.

⁴⁷ Maßnahmenplan vom 30.10.1973; BStU, ASt Dresden, AOV 4718/81, Bd. 1, Bl. 21-26.

⁴⁸ Analyse vom 13.3.1978, ebenda, Bd. 55, Bl. 129-148.

⁴⁹ Zu Maßnahmen in der AMD vom 25.6.1974 (wie Anm. 10), Bd. 3, Bl. 138-140, hier 140. ZK: Zentralkomitee der SED.

⁵⁰ Zu Maßnahmen in der AMD vom 26.6.1974, ebenda, Bl. 143 f.

Wissenschaftlichen Industriebetriebe (WIB) hielten letztlich nicht das, was man sich von ihnen versprach. Der Hauptzweck lag darin, solchen Betrieben einen wesentlich höheren Entwicklungsanteil zu gestatten als üblich, was folglich zu Lasten des Produktionsanteils ging. Gleichwohl handelte es sich um einen fundamentalen Einschnitt in die gleichförmige Grundausrichtung sozialistischer Planwirtschaft, mussten doch Sonderkonditionen für die Lagerbestandhaltung, Höhe der Umlaufmittel, Finanzierung und Kreditierung, vor allem aber für die Planung und Absatzperspektive berücksichtigt werden.

Noch im August 1960 sandte Werner Hartmann an die Staatliche Plankommission (SPK) ein Schreiben, in dem er die enorme volkswirtschaftliche Bedeutung der Mikroelektronik betonte und dazu aufforderte, „sofort mit der zielstrebigen Arbeit“ zu beginnen.⁵¹ Exakt ein Jahr später wurde in Dresden-Klotzsche die AMD als Leiteinrichtung auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung elektronischer Bauelemente gegründet. Es war höchste Zeit, doch noch nicht zu spät: „Heute haben wir noch Zeit für die Entwicklung der Molekular-Elektronik. Morgen kann es jedoch zu spät sein“, äußerte Hartmann in einem Interview für eine sächsische Zeitung.⁵² Die Mitarbeiterzahl der AMD verzehnfachte sich innerhalb eines Jahrzehnts auf knapp Eintausend.

Tatsächlich besaß die DDR nur in einem sehr engen Zeitkorridor von etwa 1960 bis 1965 die reale Chance, Anschluss an den internationalen Stand in der Mikroelektronikentwicklung herstellen zu können. Natürlich bildeten die internationale Abschottung, die fachliche Dysfunktion vieler Beschäftigten, der geringe finanzielle Fonds, die mangelhafte technisch-technologische Ausstattung sowie das Westembargo von Anfang an bedeutende Handicaps. Nicht unwesentlich war, dass die permanent untergrabene betriebliche Autonomie und der fehlende flexible Binnenmarkt für zahlreiche Zulieferungsleistungen mehr und mehr jeden Optimismus aushöhlten.

Nach etwas mehr als 20 Jahren war erwiesen, dass die restriktiven Rahmenbedingungen unüberbrückbar waren. Letztlich aber scheiterte das Projekt an den Vorbehalten der örtlichen SED-Funktionäre gegenüber den Intentionen und Forderungen führender bürgerlicher Wissenschaftler.

⁵¹ Analyse vom 25.9.1974, ebenda, Bl. 100-124, hier 101.

⁵² Interview mit Werner Hartmann vom 26.10.1961, *Sächsische Zeitung* Dresden.

Die verdeckte Wählerarbeit⁵³ des MfS untergrub bereits Ende der sechziger Jahre die Souveränität der AMD irreparabel. 1974 stellte ein maßgeblicher Gutachter des MfS die grundlegende Arbeitsweise des Hauses „gegen die Entwicklung der Mikroelektronik“ in drei Etappen zusammenfassend dar: Erstens soll sie in der „maximalen Verzögerung des effektiven Arbeitsbeginns zur Entwicklung von Festkörperschaltkreisen“, zweitens in der „maximalen Verzögerung entscheidender Entwicklungsthemen“ und „Negierung entscheidender Entwicklungsrichtungen“ sowie drittens in der „Aufnahme der Produktion mit unausgereiften Verfahren“ bestanden haben.⁵⁴

Aus einer großen Schar negativer Urteile ragen freilich die ideologischen Verurteilungen noch heraus. Meist wurde den betreffenden Wissenschaftlern mangelhafte Pflichterfüllung „als sozialistische Leiter“ vorgeworfen. Hinter Behauptungen wie „man stehe ‚nicht auf dem Boden des Marxismus-Leninismus‘“ und „gehe ‚nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse‘“ aus⁵⁵ steckten Ressentiments, die eine Dynamik entwickelten, die oft zu schwereren Schäden führte, als dies die vielen „objektiven“ Restriktionen vermochten.

Was war in Dresden-Klotzsche geschehen? Warum erlitten Wissenschaftler, die auf gleicher Augenhöhe mit jenen um Manfred von Ardenne⁵⁶ standen, so grundsätzlich andere Schicksale als diese? Obgleich bis 1974 einige Wissenschaftler abberufen, „strafversetzt“ oder inhaftiert waren, biss sich das MfS, unzufrieden über die spärliche Beweislage in den Ermittlungsrichtungen „Sabotage und Spionage“, regelrecht an Personen dieses Hauses fest. Am Ende war man so klug wie 1959, als Generalleutnant Walter auf die Bitte des Leiters der zuständigen Abteilung Oberstleutnant Switala, gegen Werner Hartmann ermitteln zu dürfen, warnte: Aus ihrem „Bericht spricht vieles, was nach Sabotage aussieht, doch muss berücksichtigt werden, dass es sehr schwer ist, Wissenschaftlern Sabotage oder Diversion nachzuweisen.“⁵⁷

⁵³ Jargon des MfS, das diesen Begriff insbesondere zur Disqualifikation westlicher Medienarbeit verwandte. Tatsächlich aber betrieb das MfS in Form von Operativen Vorgängen (OV) gegen vermeintliche und tatsächliche Gegner des SED-Regimes Wählerarbeit.

⁵⁴ Zur Rolle von Prof. Hartmann in der Mikroelektronik (wie Anm. 10), Bd. 3, Bl. 238 f.

⁵⁵ Sachstandsbericht vom 18.12.1965, ebenda, Bd. 2, Bl. 10.

⁵⁶ Vgl. Manfred von Ardenne: Die Erinnerungen, München 1990, S. 299-499.

⁵⁷ Schreiben vom 16.11.1959 (wie Anm. 10), Bd. 43, Bl. 168.

Ab 1973 versuchte das MfS ex post, einen systematischen Vergleich von erbrachten wissenschaftlichen und organisatorischen Leistungen zu denken idealen zu erstellen. Die Differenzen sollten den vermuteten Tatbestand der Sabotage begründen. Man hätte sich dies sparen können, denn die objektive Ausgangsposition für die Mikroelektronik war, wie oben festgestellt, nahezu hoffnungslos. Lediglich 310 Mio. Mark standen von 1961 bis 1973 zur Verfügung. Davon entfielen allein 55 Mio. auf Löhne.⁵⁸ Abgeschnitten vom Weltmarkt gelang es zu einem wichtigen technologischen Zeitpunkt (1965) nicht, die notwendigen Ausrüstungen aus dem Westen zu beziehen.⁵⁹ Um so mehr lassen die erbrachten Leistungen auf dem Gebiet der Festkörperschaltkreistechnik staunen.⁶⁰ Letztlich gelang dieser Erfolg nur über die von Werner Hartmann praktizierte unermüdliche Propagierung des Primats der Technologie als eines sicheren Gefühls für den einzig richtigen Weg.

Doch der Primat der Technologie gegenüber der Produktion war der SED und dem MfS ein Dorn im Auge. So forderte die SED einerseits mehr Aufmerksamkeit für die Technologie, begriff sie aber andererseits nur als eine Überleitungstechnik für wissenschaftlich-technische Erkenntnisse.⁶¹ Der Basiswert einer eigenständigen Technologiefilosofie war ihr fremd. Doch nicht nur die Betonung des Vorrangs der Technologie (Zyklus I) vor der Bauelemente-Diversifikation und -Verkappung (Zyklus II) war korrekt. Er war auch eingedenk der knappen betriebswirtschaftlichen Ressourcen (Räume, Geräte, Mitarbeiter, Finanzen etc.) ökonomisch geboten, passte aber nicht in die herrschende Wirtschaftsdoktrin Günter Mittags, der auf schnelle produktionswirksame Resultate drängte.

Auf circa 100 Seiten analysierten die vom MfS bestellten Gutachter die angeblichen Versäumnisse im Zyklus II, doch nur ein Zehntel ihrer Aufmerksamkeit erheischte der Zyklus I. Das steht etwa umgekehrt proportional zum damals gebotenen richtigen Verhältnis beider Zyklen. Dass die Urteile der Gutachter von der Praxis schon beizeiten widerlegt

⁵⁸ Untersuchungsbericht einer fünfköpfigen Expertenkommission, ebenda, Bd. 7, Bl. 59.

⁵⁹ Vgl. Bericht über eine Dienstreise, in: Akte Wolfram Zahn alias „Rolf“; BStU, ZA, AIM 1370/87, Bd. 1, Bl. 13-24, hier 13 f.

⁶⁰ Vgl. Werner Hartmann, Leiter der Arbeitsstelle für Molekularelektronik Dresden 1961 bis 1974. Zentrum Mikroelektronik Dresden GmbH (Hg.), Dresden 1990.

⁶¹ Vgl. Kurt Hager: Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution, Berlin 1972, S. 52-54.

worden waren, sei hier nur am Rande erwähnt. So führte das Halbleiterwerk Frankfurt/Oder „die Mängel bei der Produktion [...] zu einem erheblichen Teil auf ein Nichtbeherrschen bzw. auf die Nichteinhaltung der Technologie im Zyklus I“ zurück.⁶²

Nicht zuletzt ist die AMD Opfer ihrer eigenen Erfolge geworden, da sie bei der SED und der Sowjetunion das Bedürfnis zur Befriedigung kurz- und mittelfristiger Bauelementeproduktion weckte. Die Staatspläne mit der Ausprägung „Entwicklung und Produktion“ dominierten ab 1969 jene der „Forschung und Entwicklung“. Walter Ulbricht geriet spätestens im Dezember 1970 anlässlich des 14. Plenums des ZK der SED in der Frage der Durchsetzung seines Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) in die Defensive.⁶³ Die Sowjetunion drängte mit ihrem XXIV. Parteitag der KPdSU im April 1971 auf die Intensivierung der Kooperation unter den sozialistischen Staaten. Auch die SED betonte in ihrer Direktive zum VIII. Parteitag der SED von 1971 die Kooperation mit der Sowjetunion zur Versorgung mit mikroelektronischen Erzeugnissen. Spätestens hier mag der Fachmann geahnt haben, dass es der Mikroelektronik genauso gehen werde, wie weiland der Flugzeugindustrie.⁶⁴

Ab 1971 war hauptsächlich nur noch von Produktion die Rede. Honecker, anders als Ulbricht, setzte nun auf Konsumtion statt Investition, auf Produktion statt Grundlagenforschung. Insofern war der 3. Mai 1971, die Machtübernahme Honeckers, das Schicksalsdatum und das 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965, das die Wissenschafts- und Forschungspolitik enger an die Belange des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses band, das Menetekel für das Dilemma in der Mikroelektronikentwicklung. Die ersten deutlichen Anzeichen einer Trendwende

⁶² Information der BV Frankfurt/Oder vom 18.2.1977 über Hemmnisse bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Kombinat VEB Halbleiterwerk Frankfurt (O); BStU, ASt Frankf./Oder, AKG 472, Bl. 285-290.

⁶³ Vgl. Dietrich Staritz: Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main 1996, S. 272-275.

⁶⁴ Auf Grundlage des Politbürobeschlusses vom 28.2.1961. Im Februar 1961 wurde dem Außenminister Heinrich Rau in Moskau mitgeteilt, dass das Präsidium des Obersten Sowjets der Meinung ist, „dass in der DDR die Flugzeugindustrie umgestellt werden muss“. In der SPK sollen organisatorische Vorbereitungen bereits im Januar begonnen haben. Ciesla interpretiert die Moskauer Note als „eine Art Absegnung einer weitgehend in der DDR gereiften Entscheidung“, ohne dies zu explizieren, in: Ciesla, Burghard: Die Transferfälle. Zum DDR-Flugzeugbau in den fünfziger Jahren. In: Naturwissenschaft und Technik (Anm. 4), S. 193-211, hier 208.

stammen aus dem Jahr 1968. Konnte Ulbricht noch 1967 auf dem VII. Parteitag der SED von modernsten Verfahren zur Herstellung mikroelektronischer Schaltungen sprechen, so erhielt das strategische DDR-Programm zur Entwicklung der Mikroelektronik vom 29. März 1968, das den Primat der Technologie *expressis verbis* noch kannte, im selben Jahr, am 29. August 1968, eine modifizierte Ausrichtung. Nicht zuletzt wegen der eingeleiteten Akademiereform war dies ein schwarzes Jahr für die Wissenschaft der DDR. Minister Steger brachte die Reserviertheit der SED zur Frage des technologischen Primats gegenüber Werner Hartmann bereits im Frühjahr 1968 auf den Punkt, als er diesem zu verstehen gab, dass er ihn als „ein objektives Hindernis für die Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR“ sehe.⁶⁵

Fallbeispiel: Interkosmos

Eine Überlegung, das Heinrich-Hertz-Institut (HHI) der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin umzustrukturieren und dies „sehr geheimzuhalten“, ist bereits von Anfang 1965 überliefert.⁶⁶ Bemerkenswert daran ist, dass erst 1967 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder bei der „Erforschung und Nutzung des kosmischen Raumes“ getroffen wurde, die dann zu einschneidenden Strukturänderungen auf dem Gebiet der kosmischen Physik führte.⁶⁷ Das MfS sicherte diese Aufgaben im Rahmen des Mielke-Befehls 2/67.⁶⁸ Dieser war sowjetischer Prägung und stellte auch weit über dieses Datum hinaus die restriktivste Form einer Präformation von Wissenschaft und Forschung dar.

⁶⁵ Information vom 2.7.1968 (wie Anm. 10), Bd. 6, Bl. 71.

⁶⁶ Mitteilung von „Elektronicus“, 12.2.1965 (wie Anm. 15), Bd. 2, Bl. 154 f., hier 154. Die betreffende Person, Prof. Robert Rompe, wird mit der HV A in Zusammenhang gebracht. Vgl. hierzu Werner Stiller: Im Zentrum der Spionage. Mainz 1986, S. 168 f. Kristie Macrakis: Spionage und Technologietransfer in der DDR (Anm. 4), S. 66. Offenbar wurde Rompe von Markus Wolf geführt, da dieser ihm 1965 die Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee in Gold zu überreichen hatte. Befehl 131/65 vom 8.2.1965; BStU, ZA, KuSch 794, Bl. 108.

⁶⁷ 5. bis 13.4. 1967 in Moskau; vgl. 20 Years of the „Interkosmos“ Programme, Budapest 1969. Dem ging als Teilnahmebeschluss der DDR am Interkosmos-Programm die vom Ministerrat am 10.6.1966 bestätigte „Vorläufige Innere Ordnung“ voraus.

⁶⁸ Befehl Nr. 2/67 vom 10.1.1967, kommentiert von Reinhard Buthmann: Die DDR im Weltraum. Kosmosforschung im Licht der MfS-Akten, in: *Deutschland Archiv* 32(1999)2, S. 223–232.

Es wäre Ausdruck einer klugen Wissenschaftspolitik gewesen, hätte die DDR den volkswirtschaftlich bedeutenden Fachgebieten der Geo- und Atmosphärenphysik seinen international geschätzten Stellenwert belassen. Stattdessen zerschlug sie Strukturen, vernichtete Existenzen und büßte internationale Wertschätzung ein.⁶⁹ Dabei war es stets strittig, ob es für ein kleines Land wie die DDR Sinn machte, an gerätetechnischen Entwicklungen der Sowjetunion für Satellitenexperimente teilzunehmen, zumal von einem Feedback bekanntermaßen nicht ausgegangen werden konnte. Wenn es dagegen nach den Vorstellungen führender bürgerlicher Wissenschaftler gegangen wäre, dann hätte die Raumforschung der DDR sich auf die Gebiete kosmische Physik, kosmische Meteorologie und kosmische Nachrichtentechnik beschränkt.

Der Transformationsprozess von wissenschaftlichen Kapazitäten aus diesen Gebieten in eine gerätetechnisch dominierte Kooperationsforschung war im Kern abenteuerlich. Noch bis über die Zeit der Akademie-reform hinaus wollten Akademieführung und Ministerium für Wissenschaft und Technik (MWT) dies eigentlich nicht. Sie plädierten für ein intensiveres Engagement auf dem Gebiet der elektronischen Forschung und Entwicklung. Das ist erstaunlich genug und wirft eine Reihe von Fragen auf. 1969 fand ein Gespräch im MWT mit drei Vertretern des HHI statt, an dem überzeugte Verfechter der traditionellen Forschungsrichtung wie Prof. Ernst-August Lauter nicht teilnahmen. Wortführer der Abordnung war der spätere Direktor des Instituts für Elektronik (IE), Hans-Joachim Fischer alias „Elektronicus“ et „Bernhard“. Er plädierte für einen massiven Einstieg in die Interkosmos-Kooperation. Dagegen orientierte das Ministerium unzweideutig auf eine Kooperation des HHI mit Institutionen der Elektronikentwicklung, beispielsweise mit der oben erwähnten AMD. Freilich hätte auch dies zu einer Aushöhlung der traditionellen Forschung im HHI führen können. Ihren Vertretern wurde die berechtigte Frage gestellt: „wem nützen [eure] Forschungen [im Rahmen] des Interkosmosabkommens?“⁷⁰

Im November 1972 stand die Reorganisation respektive Spaltung des HHI auf der Tagesordnung. Hauptziel war die Ausgründung der For-

⁶⁹ Eine völlig andere Sicht auf die Genese der Kosmosforschung bei: Katharina Heine-Weingarten: Das Institut für Kosmosforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 2000. Vom Autor rezensiert in: *Deutschland Archiv* 35(2002)2, S. 299-303.

⁷⁰ Zitiert in: „Elektronicus“ vom 12.6.1969 (wie Anm. 15), Bd. 3, Bl. 228-230, hier 228.

schungsstelle für Kosmische Elektronik (FKE), aus der 1973 zunächst das Institut für Elektronik (IE), 1981 dann das Institut für Kosmosforschung (IKF) hervorging. Nicht zufällig in diesem Monat eröffnete das MfS die operative Bearbeitung gegen den Direktor des HHI, Ernst-August Lauter, der nur wenige Monate zuvor seinen Posten als Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften verloren hatte. Den Grund hierfür sah das MfS in „westlichen Orientierungen bei der Konzipierung perspektivischer Arbeiten“, die zu Lasten sowjetischer Interessen gingen. Argumente von maßgeblichen bürgerlichen Wissenschaftlern, die auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen der alten Forschungsrichtungen für die DDR verwiesen, bezeichnete das MfS kurzerhand als „verfeinerte Form des Betruges“ und als „wirtschaftliche Störtätigkeit“.⁷¹ Die „so genannte weltoffene Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung [sei] gegen die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik der sozialistischen Länder und die Wissenschaftspolitik der DDR gerichtet.“⁷²

Das Problem für die bürgerlichen Wissenschaftler bestand darin, dass sich in ihrem Hause die bisherige kosmische Physik, namentlich die Atmosphärenphysik bündelte, gleichzeitig aber eine rege Kooperation mit westlichen Staaten geführt wurde. Etwa 80 bodengebundene Messprogramme des HHI waren integraler Bestandteil weltweiten Datenaustauschs. Klar, dass dies mit Beginn der Interkosmoskooperation zur Chefsache des MfS wurde. Entsprechend der eigenen Logik und der herrschenden Sicherheitsdoktrin ermittelte es in Richtung §§ 97 (Spionage), 165 (Vertrauensmissbrauch) und 172 StGB (Geheimnisverrat): Das HHI respektive Ernst-August Lauter habe Interkosmoskapazitäten „abgezweigt“, der Sowjetunion ihre 1972 vorgeschlagene Erweiterung des Interkosmosprogramms verweigert und im Gegenzug Kapazitäten für USA-Programme bereitgestellt. Lauter, der dies zu verantworten habe, sei somit objektiv zum „Stützpunkt von Raumforschungseinrichtungen der USA“ geworden. Von ihm würde „ein ständiger Gegendruck gegen die planmäßige Realisierung des Interkosmos-Programms“ entfacht.⁷³

Noch in der unmittelbaren Phase vor der Gründung des IE am 20. Februar 1973 ist es zu einer Auseinandersetzung zwischen Vertretern die-

⁷¹ Eröffnungsbericht vom 10.11.1972 (wie Anm. 36), Bd. 1, Bl. 10 f., hier 10.

⁷² Zu rechtlichen Problemen beim Nachweis von Straftaten gegen die Volkswirtschaft im Zusammenhang mit Interkosmos vom 25.2.1972, ebenda, Bl. 117-123, hier 117.

⁷³ Ebenda, Bd. 2, Bl. 167.

ser Einrichtung mit dem 1. Vizepräsidenten der Akademie der Wissenschaften, Ulrich Hofmann, gekommen. Anwesend war auch Horst Fischer vom Büro des Ministerrates, der als OibE verdeckt für das MfS arbeitete. Der Streitpunkt ist zu diesem Zeitpunkt bemerkenswert und zeigt, wie kompliziert die Wissenschaftspolitik der DDR war. Es ging um die Frage „Raumfahrtforschung oder Grundlagenforschung Elektronik“. Hofmann wollte „ein Institut für die Grundlagenforschung der Elektronik“ und „nicht eine eigene Kosmosforschung der DDR“. Horst Fischer, später ein unnachgiebiger Verfechter der Interkosmospolitik, blieb hier in der „Öffentlichkeit“ noch auf der Seite der staatlichen Administration und warf der FKE ideologische Schwächen vor: Man könne nicht einmal den Namen „Kosmische Elektronik“ akzeptieren.⁷⁴ Wenn sich aber weder führende bürgerliche Wissenschaftler wie Lauter noch maßgebliche Vertreter der Akademie und des MWT für die satellitengestützte Raumforschung sonderlich interessiert zeigten, stellt sich zwingend die Frage, wer die Kehre zur Dienstleistungsfunktion für sowjetische Raumforschungsinteressen eigentlich initiierte. War es auf einer KGB-MfS-Schiene geschehen? Der Stimmen gab es mehrere, die den Wunsch der Sowjetunion nach einem noch größeren Beitrag der DDR Ausdruck verliehen: „Man will die DDR in einem noch größeren Maße in die Raumforschung mit einbeziehen.“⁷⁵ Vor allem rief die Sowjetunion nach Unterstützung auf dem Gebiet der Elektronik.

Das MfS beendete die Bearbeitung gegen Ernst-August Lauter im Herbst 1976 mit der Begründung, dass die „Maßnahmen der wesentlichen Einschränkung [seiner] Wirkungsmöglichkeiten abgeschlossen“ seien. Eine strafrechtliche Nachweisführung konnte das MfS allerdings nicht realisieren.⁷⁶ Dennoch musste Lauter Ende August 1976 sein letztes Amt, das des Direktors des HHI, aufgeben.⁷⁷ Dabei handelte es sich laut MfS um die maximale Variante zur Durchsetzung der Einschränkung seiner Wirkungsmöglichkeiten. Das MfS entwarf insgesamt drei Varianten, die es den zuständigen staatlichen Stellen unterbreitete. Auch für seine Abbe-

⁷⁴ Zitiert in: „Dagmar“ vom 2.2.1973 (wie Anm. 29), Bd. 2, Bl. 164-166, hier 164.

⁷⁵ Monatsbericht „Böttger“, 7/68 (wie Anm. 9), Bd. 1, Bl. 93-97, hier 94.

⁷⁶ Beschluss vom 28.12.1976 (wie Anm. 36), Bd. 4, Bl. 323 f., hier 324.

⁷⁷ Gespräch zur Amtsenthebung vom 23.8.1976, ebenda, Bl. 299-301. Das HHI firmierte im Zuge der Akademiereform zum 1.1.1969 als Zentralinstitut für Solar-Terrestrische Physik (ZISTP), behielt aber den Beinamen HHI.

rufung als Mitglied des Forschungsrates skizzierte das MfS detailliert die Strategie.⁷⁸

Schließlich wurde er vom Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften Claus Grote, seinem Amtsnachfolger, gezwungen, die angeordneten Rücktritte von internationalen Funktionen als persönliche Entscheidungen zu deklarieren. Er erhielt die Anweisung, den Brief mit der Rücktrittserklärung an den COSPAR-Präsidenten zur Bestätigung vorzulegen. Eine schamlose Erpressung durch Staatsfunktionäre, die Rücktritte aus internationalen Gremien auf die eigene Kappe nehmen zu müssen, versehen mit der Mahnung, ja nicht den Sacharow zu spielen. „Das sei nicht gut“, so der Minister für Wissenschaft und Technik, Herbert Weiz, was er da gehört habe, und gab ihm mit auf den Weg, dass „zum ‚Sacharow‘ [...] nur werden [könne], wer sich zum ‚Sacharow‘ machen lässt.“⁷⁹ Nach seiner Entmachtung erhielt Lauter eine Stelle als einfacher wissenschaftlicher Mitarbeiter am Observatorium für Ionosphärenforschung, hoch oben im Norden der DDR. Er verschwand von der internationalen Bildfläche.

Schlussbemerkungen

Wie im Falle der Entwicklung der Mikroelektronik stellt sich auch für die Kosmosforschung die Frage, warum die zuständigen staatlichen Organe die betreffenden Personen, die ihnen wissenschaftspolitisch im Weg standen, nicht einfach absetzten. Gab es keine vermittelbaren Begründungen? War es Brauch, dem MfS die unangenehme Arbeit zu überlassen? Oder hatte es gar eine Eigendynamik der MfS-Sicherheitsarbeit gegeben, der wissenschaftliche Vernunft und ökonomisches Kalkül von welcher Seite auch immer nicht beikommen konnte?

Unzweifelhaft ist, das die SED in beiden Fällen gegen die Träger bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses opponierte. Ihre Gegner fand sie nicht zufällig bei jenen, deren Ethos dezidiert im Geiste Max Plancks und Max Webers gründete, denen es nicht in den Sinn kam, ihre wissenschaftlichen Überzeugungen politischen Kalkülen zu opfern. Die Entwicklung sowohl der Mikroelektronik als auch der Kosmosforschung

⁷⁸ HA XVIII/5 vom 11.6.1976, ebenda, Bl. 264-267, hier 264.

⁷⁹ Information zum Gespräch vom 18.3.1974, ebenda, Bd. 2, Bl. 278-282, hier 281.

zeigen insgesamt erstaunliche Parallelen: die Beseitigung führender bürgerlicher Wissenschaftler erfolgte stringent im Rahmen der Wissenschaftspolitik Honeckers; es existierten originäre sowjetische Interessen mit Aufforderungscharakter⁸⁰; es erfolgte die praktische „Ablösung“ der alten Kader nach detaillierten Szenarien des MfS in konzertierter Zusammenarbeit mit hohen staatlichen und SED-Stellen; die SED scheute nicht davor zurück, die international renommierten Wissenschaftler von der Bildoberfläche verschwinden zu lassen und sie in Provinzstädte der DDR als einfache wissenschaftliche Mitarbeiter zu „verbannen“; schließlich wurden seit ihren „Ablösungen“ Erfolgsgeschichten á la DDR geschrieben, die, wie wir heute wissen, keinesfalls zutrafen, siehe das Dossier der 1-Megabit-Schaltkreisentwicklung⁸¹.

In der Absicht, die eigenen Interessen konfliktfrei lancieren zu können, gelang es zwar der SED im großen Stil Kader auszutauschen und den Typus des Wissenschaftlers als „Fabrikarbeiter“ zu installieren. Doch musste sie in den achtziger Jahren erkennen, dass in den eigenen Reihen plötzlich wieder Haltungen sichtbar wurden, die den Prinzipien wissenschaftlicher- und Forschungs-Tätigkeit eher gehorchten als politischen Prämissen. Forschungsarbeit verträgt sich eben nicht mit Dogmen und externen Autoritäten. Ihre Seinsweise atmet einen Freiheitsanspruch, den die SED nicht erfüllen wollte und konnte. Paradox scheint, dass in einem Lande wie der DDR, das die wissenschaftlich-technische Revolution mit der sozialistischen Weltrevolution in eins setzte und die Kapazitäten für die naturwissenschaftlich-technische Forschung erheblich ausbaute, gleichzeitig die Autonomie und Stellung der Akademie rapide geschwächt wurde sowie eine inhärente Wissenschaftsfeindlichkeit vagabundierte.

Was aber ist das für eine Wissenschaftswelt, in der es ein existentielles Problem machte, engagiert Wissenschaft zu leben? Wo es Ermittlungen nach sich zog, wenn das MfS erfuhr, dass „das zentrale Problem beinahe jeder Aussprache“ mit Ernst-August Lauter sei, wenn dieser den Primat der Wissenschaft vor Tagesinteressen betone und ständig fordere:

⁸⁰ Faktisch nach dem Motto „Planung [für die DDR] ist, was die UdSSR macht“, in: Susanne Becker und Heiko Dierking: Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaften in der Frühphase der DDR, Köln 1989, S. 177.

⁸¹ Vgl. Reinhard Buthmann: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Berlin 1997.

„Vergesst mir die Wissenschaft nicht!“.⁸² Nach einer vorsichtigen Schätzung dürften in jeder größeren Wissenschaftseinrichtung der DDR im Zeitraum von 1964 bis 1976 etwa drei bis fünf bürgerliche Wissenschaftler mehr oder weniger erhebliche Probleme mit der SED bekommen haben. Doch nur hochrangige Wissenschaftler erhielten in einigen Fällen auf höchster staatlicher Ebene Audienz, um nach den Gründen ihrer „Ablösung“ nachfragen zu können. Die Antworten, die sie erhielten, genügten ihnen jedoch regelmäßig nicht. Ungehalten über die oberflächlichen Erklärungen, äußerten sie sich ebenso regelmäßig resignativ, dass man, wie hier im Falle Lauters, „nicht der erste“ sei, den man „auf eine solche Weise wissenschaftlich ‚totgemacht‘“ habe.⁸³ Von all dem berichten die überkommenen Akten der Institute und Ministerien nichts. Wie fraglich eine Historiographie allein auf dem Gebiet der Natur- und Technikwissenschaften ohne Rückgriff auf die MfS-Akten wäre, dürfte somit außer Frage stehen.

⁸² Zitiert in: „Pavel“ vom 5.3.1971 (wie Anm. 1), Bd. 1, Bl. 159-162, hier 161.

⁸³ Information zum Gespräch vom 18.3.1974 (wie Anm. 36), Bl. 278-282.